

**Bundesweite
Demonstration gegen
Sozialkahltschlag**
Sonnabend, 1. November,
Alexanderplatz



Foto: Jörg Rückmann

Soziale Stadtentwicklung

Inge Uessler im Gespräch mit PDS-Stadträtin Katrin Lompscher (im Foto rechts)

■ **Inge Uessler:** Im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd wird eine Schule abgerissen. Am gleichen Ort entsteht ein Nachbarschaftshaus. Und wir stehen hier an der Baustelle für einen Grünzug. Was hat das mit sozialer Stadtentwicklung zu tun?

■ **Katrin Lompscher:** Sich wohlfühlen können im Kiez ist mehr als bezahlbares Wohnen. Dazu gehören Angebote für Freizeitgestaltung, für Beratung, soziale Betreuung und Kommunikation genauso wie ein gesundes Wohnumfeld. Vorhandenes soll durch Neues ergänzt werden ...

■ **Inge Uessler:** Ein anspruchsvolles Vorhaben bei leeren Kassen!?

■ **Katrin Lompscher:** Der Bezirk kann Fördermittel nutzen. Darüber bin ich sehr froh. So wird der neue Kieztreff in der Harnackstraße im Wesentlichen aus den Programmen Soziale Stadtentwicklung, Stadtumbau Ost, Städtebaulicher Denkmalschutz, Gemeinschaftsaufgabe Regio-

nale Wirtschaftsstrukturen und aus weiteren EU-Mitteln finanziert. Aber: Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, ohne die Unterstützung durch Projekte und Politik wären die damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben nicht zu bewältigen.

■ **Inge Uessler:** Du bist für die PDS als Stadträtin angetreten. Inwieweit sind soziokulturelle Zentren als Teil sozialer Stadtentwicklung Ergebnis von PDS-Politik?

■ **Katrin Lompscher:** Stadtteilbezogene, bürgernahe Arbeit ist PDS-Programm und steht im Mittelpunkt ihrer Kommunalpolitik. Wir haben ein Stadtteilmanagement ins Leben gerufen, das es in dieser Form nur in Lichtenberg gibt. Soziale Stadtentwicklung heißt für mich: Arbeit und Beschäftigung, lebenswerte Wohnumwelt und gesellschaftliche Teilhabe. Besonders Letzteres ist für alle Beteiligten ein nicht endender Lernprozess. Aber dafür bin ich angetreten.

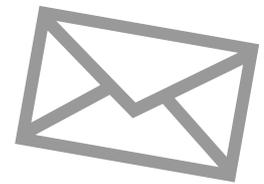
Bayernwahl egal?

von Dr. Gesine Löttsch, Mitglied des Deutschen Bundestages

Genau ein Jahr nach der Bundestagswahl ging Edmund Stoiber mit einer auch von seinem politischen Ziehvater Franz-Joseph Strauß unerreichten Zweidrittelmehrheit im Parlament als strahlender Sieger aus den Landtagswahlen hervor. München ist weit weg, aber durch das Wahlergebnis näher an Berlin gerückt. Schon vor dieser Wahl gab es de facto eine große Koalition im Bund: Alle wichtigen Fragen werden zwischen SPD und CDU ausgehandelt. Das augenfälligste Beispiel ist die sogenannte Gesundheitsreform. Eigentlich wollte Rot-Grün das Gesetz noch im Juli durchdrücken, dann konnte die CDU mit ins Boot geholt werden. Die wenigen guten Dinge – wie Positivliste für Arzneimittel und das Institut für Qualitätssicherung in der Medizin – wurden dieser Großen Koalition geopfert. Die SPD hat nun aus ihrer dramatischen Niederlage in Bayern nicht etwa die Konsequenz gezogen, ihren sozialpolitischen Kurs zu korrigieren, sondern sie will die Agenda 2010 unter dem Motto „Jetzt erst recht!“ durchziehen. Auf den Osten wird von Rot-Grün dabei keine Rücksicht genommen. Hatte Stoiber im letzten Jahr damit gedroht, bei Wahl der PDS kein Geld mehr in den Osten zu geben, erledigt Rot-Grün diese Arbeit gleich mit. Im Haushalt für das Jahr 2004 fehlen Programme – wie das „Dach-und-Fach-Programm“ (für die Erhaltung von Bauwerken), die sich bewährt haben und die bitter nötig sind. Stoiber muss gar nicht noch einmal Kanzler-Kandidat werden, sein Einfluss auf die Bundespolitik wächst auch so.

In dieser Ausgabe

- Offener Brief an den Bundeskanzler (Seite 2)
- Berliner Landesparteitag der PDS (Seite 6)
- Internettes (Seite 7)
- „info-links“-Quiz: Kennen Sie Ihren Bezirk? (Seite 8)



Enttäuschung und Protest

Offener Brief der Mitglieder der Volkssolidarität im Stadtbezirk Lichtenberg von Berlin an den Bundeskanzler Gerhard Schröder

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, noch vor wenigen Jahren wurde der Sozialstaat als die Leistung der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert bezeichnet. Die Bewahrung der Sozialstaatlichkeit war deshalb auch eine der wesentlichsten Erwartungen, die die Wähler mit Ihrer Kanzlerschaft verbanden. Doch das war trügerisch.

Wir, die 5882 Mitglieder der Volkssolidarität im Stadtbezirk Lichtenberg von Berlin, bringen deshalb unsere Enttäuschung zum Ausdruck, dass Sie und auch Ihre Partei sich nicht an Ihre Versprechen halten und die Interessen der Wähler, insbesondere der älteren und sozial Schwachen missachten.

Soziale Gerechtigkeit darf weder in Ihrer Politik noch in Deutschland zu einem Fremdwort oder zur Utopie werden. So wie sich Ihre Vorhaben, bestimmt von der Wirtschaft und ihren Lobbyisten, darstellen, bewahren Sie die Besitzstände der Rei-

chen, muten Sie den sozial Schwächeren schmerzhaft Einschnitte zu und das, obwohl in den neuen Bundesländern noch nicht einmal die Anpassung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West abzusehen ist. So schnell, wie Sie mit den vorgesehenen Einschnitten zur Hand sind, so zögerlich wird an Fragen wie die Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer, die Versteuerung von Veräußerungs- und Spe-

kulationsgewinnen, die Aufteilung der Sozialabgaben auf alle Bürger (z. B. auch auf die Privilegierten sowie Abbau deren Vergünstigungen) oder die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für Unternehmen auch nur gedacht.

Rentner haben ein Leben lang hart gearbeitet und einen Anspruch auf Vertrauensschutz sowie Rentengerechtigkeit. Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, die geplante zusätzliche Rentenbesteuerung und die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner ist kontraproduktiv und eine Rentenkürzung durch die Hintertür.

Gesundheit darf nicht der Wirtschaft, den Pharmakonzernen, Apotheken ... überlassen werden. Gesundheit darf nicht für den Einzelnen zu einer Frage der Zahlungsfähigkeit werden! Der Staat darf die grundsätzliche Verpflichtung zur Daseinsfür- und -vorsorge für Bürger nicht schrittweise aufgeben (hinsichtlich der Sterbehilfe verteidigt er sie doch vehement)!

Die Streichung von Zahnersatz aus dem Leistungsangebot der Krankenkassen, die Eintrittsgebühr bei Ärzten, die Erhöhung der Zuzahlung für notwendige Medikamente sind u. a. weitere Maßnahmen zur Verabschiedung von der Sozialstaatlichkeit. **Dagegen protestieren wir!**



Kein Krieg! Nirgends!

Verteidigungsminister Struck erklärt, dass die Bundesregierung vorerst keine deutschen Soldaten in den Irak entsenden wird und eine Stationierung von NATO-Truppen nicht automatisch eine deutsche Beteiligung mit sich bringt. Dies bestätigt den Eindruck der PDS, dass hier eine Kurswechsel vorbereitet wird. *Vorerst* bedeutet, dass die Entsendung deutscher Soldaten und die Zustimmung zu einer Stationierung von NATO-Kontingenten nicht mehr prinzipiell ausgeschlossen wird. Bekanntermaßen bedarf ein NATO-Einsatz außerhalb des Bündnisgebietes der Zustimmung aller NATO-Mitglieder. Bislang hat die Bundesregierung den Eindruck erweckt, dass sie einer solchen Stationierung im Irak nicht zustimmen wird. Diese Haltung hat sie aufgegeben.

Die PDS fordert von der Bundesregierung, den US-Krieg gegen den Irak nicht im Nachhinein zu legitimieren und grundsätzlich die Entsendung deutscher Soldaten in den Nahen und Mittleren Osten auszuschließen. Wer bereit ist, deutsche Soldaten in den Krisenraum Naher und Mittlerer Osten zu entsenden, spielt mit dem Feuer.

Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher des Parteivorstandes der PDS

„Irak nach dem Krieg“?

In der letzten „Bannmeile“ wurde folgende Veranstaltung angekündigt: Podiumsdiskussion: „Irak nach dem Krieg und die Lage der Kurden“. Liebe Genossinnen und Genossen der Redaktion, wie kann man unbesehen eine derartige Ankündigung übernehmen? Der Krieg im Irak ist bekanntlich nicht beendet! *Rim Farha*

Leserwunsch

Nachdem ich „info links 7/03“ und Beilagen gelesen habe, bitte ich die sonst so sprachbewusste Redaktion inständig, „Verstetigung“, „verstetigen“ und dergleichen Bürokratenjargon nicht in ihren Spalten zu verstetigen. In der „Bannmeilen info“ kam es gleich dreimal vor! *Ralf Berger (per e-Mail)*

11. September

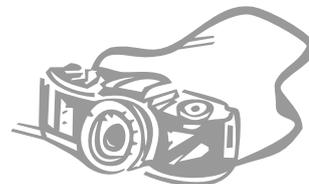
Übervoll waren die Medien mit Reportagen, Kommentaren, Berichten zum Anschlag auf das World Trade Center vor zwei Jahren. Kaum zu finden waren Beiträge über den 30. Jahrestag des Putsches in Chile am gleichen Tag. Dabei ließen sich durchaus Verbindungslinien von dem einen zu dem

anderen Ereignis ziehen. Um so verdienstvoller die Gedenkveranstaltung des Lichtenberger Kulturvereins in der KULTSchule in der Sewanstraße. Lebendig wurden die Ereignisse von damals. Flucht und Exilerfahrungen, heutige Entwicklung in Chile. Gespräche, Diskussionen, anrührende Erinnerungen an erlebte und gelebte Solidarität. Ein Höhepunkt: Die Vorführung des DEFA-Films „Blonder Tango“. Regisseur Lothar Warnecke und die Schauspielerinnen Karin Düwel stellten sich den Fragen der vielen Gäste. *I. Uesseler*

Herrn Netzer ins Stammbuch

Günter Netzer meinte in „Sport-BILD“, Ossi wie Michael Ballack würden nicht als Führungsspieler taugen. Dazu erklärte Petra Pau, „fußball-politische Sprecherin der PDS im Bundestag“:

Zur Erinnerung: Bei einem Spiel der Fußballweltmeisterschaft 1974 (Hamburg, 22. Juni) gewann die DDR-Nationalmannschaft mit 1:0 gegen das BRD-Team. Und das kam so: In der 69. Minute wurde Günter Netzer eingewechselt. Und während Wessi Netzer im Mittelfeld vor sich hin döste, schoss Ossi Sparwasser in der 78. Minute das Führungs- und Sieg-Tor.



Festa do Avante!

Anfang September lud die Portugiesische Kommunistische Partei (PKP) zum Pressefest ihrer Zeitung „Avante!“.

Die jährlich stattfindende „Festa do Avante!“ ist die größte politisch-kulturelle Veranstaltung in Portugal. In der „Quinta da Atalaia“, einem KP-eigenen ehemaligen Weingut vor den Toren Lissabons, entsteht jedes Jahr aufs Neue eine farbenfrohe Stadt aus Pavillons, Bühnen, Cafés und Restaurants, die Hunderttausende Besucherinnen und Besucher anlockt. Anders als in Deutschland gibt es dabei wenig antikommunistische Berührungspunkte, ist das Fest für breite Bevölkerungskreise und insbesondere für die Jugend eine feste und akzeptierte Institution. Auf der Hauptbühne sowie einem halben Dutzend kleinerer Bühnen finden Konzerte, Theateraufführungen und andere Veranstaltungen statt.

Die PDS war auch in diesem Jahr mit einem Stand auf dem Internationalen Platz vertreten, wo sich Dutzende linke Zeitungen, Parteien und Bewegungen aus Europa, Afrika, Asien und Amerika präsentierten. Die dreiköpfige Delegation war zwar wesentlich kleiner als noch im letzten Jahr, dennoch gelang es, einen lebendigen und gut besuchten Stand zu organisieren. Zudem gab es eine beeindruckend große Hilfsbereitschaft zwischen den ausländischen Delegationen, was die Arbeit wesentlich erleichtert hat.

Für uns gab es viele Fragen zur Situation in Deutschland und dem politischen Werdegang der PDS zu beantworten.

Helmut Scholz (AG Internationales) wirkte bei einer von der PKP initiierten Konferenz europäischer Linksparteien über eine Kooperation bei der anstehenden Europawahl und die perspektivische Strategiefindung mit und informierte sich bei PKP-Parlamentariern über deren Wirken gegen die Angriffe auf die grundlegenden sozialen Rechte der Bevölkerung.

Höhepunkt war die Abschlusskundgebung mit Zehntausenden Teilnehmern. Politiker der PKP sprachen zur aktuellen Lage und den zu lösenden Aufgaben. Das Medieninteresse richtete sich vor allem auf die Rede des PKP-Chefs Carlos Carvalhas, der die Sozialabbaupläne der regierenden kon-

servativen Regierung scharf angriff. Er geißelte die Privatisierungspläne der Regierung für alle bedeutenden öffentlichen Unternehmen sowie die oppositionellen Sozialisten wegen beabsichtigter Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen. Diese richteten sich hauptsächlich gegen die PKP.

Für uns PDSler waren es sehr anstrengende, aber auch beeindruckende Tage. Zu wünschen wäre, dass die PDS selbst einmal ein Fest mit nationaler Ausstrahlung und internationalem Flair organisiert. Gerade in Zeiten der Krise wäre das ein wichtiges Signal gegen Lethargie und Trübsinn und vielleicht sogar Quelle für neue Kraft.

Torsten Kläring



Foto: Torsten Kläring

Ein nützlicher Arbeitsbesuch

Anfang September fand sich endlich im Terminkalender von Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Löttsch ein freier Tag für einen Besuch sozialer Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern, zu dem Sozialministerin Marianne Linke wiederholt eingeladen hatte.

Die PDS-Bundestagsabgeordnete und ihr kleiner Arbeitsstab machten sich zunächst mit einer Kita in Mühl-Rosin vertraut, wo man sich nicht nur angesichts des selbstgebackenen Brotes durchaus vorstellen konnte, wieder Kind zu sein. Hier wurde deutlich, dass eine der dringendsten Fragen für die Erzieherinnen das neue „Kita-Gesetz“ ist. Es soll den Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Vorschuljahr festschreiben, was im Landtagswahlkampf eine Forderung der PDS gewesen ist. Ver-

wunderlich war, dass sich an dem Bürgerforum abends keine Eltern beteiligten, denen das Gesetz Vorteile bringt, sondern nur Erzieherinnen und Kommunalbeamte. Das Gesetz soll demnächst in den Landtag eingebracht werden.

In Plau am See besichtigten die PDS-Politikerinnen ein Krankenhaus mit einer großen Reha-Abteilung. Ein zum Teil kontroverses Gespräch mit der Klinikleitung über die anstehende Gesundheitsreform schloss sich an.

Danach begleitete Bürgermeister Norbert Reier (PDS) uns in das Altenheim der Stadt. Im Gespräch mit der Heimleitung, mit Pflegerinnen und dem Beiratsvorsitzenden wurde die aufgeblähte Bürokratie beklagt, die zu Lasten der Pflegezeit geht. Jede Arbeit, die die Pflegerinnen und Pfleger an und mit den Patienten verrichten – und sei es nur ein Toilettengang – muss proto-

kolliert werden, obwohl dies für die Abrechnung in der stationären Pflege gar nicht benötigt wird. Abgesehen davon, dass hier massenweise ganz persönliche Daten zusammengetragen werden, verbringen die Pflegerinnen nach ihren Angaben damit etwa 35 % ihrer Arbeitszeit.

Der Beiratsvorsitzende, der selbst 48 Jahre seines Lebens gearbeitet hat und nun große Angst hat, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, wies auf die finanziellen Existenznöte der Heimbewohner hin. Vielen bleibt bei den knapp bemessenen Zahlungen der Pflegeversicherung kaum etwas zum Leben.

Die wohl wichtigste Erkenntnis des Besuchs: Immer mehr Menschen haben Angst vor einer sozial ungesicherten Zukunft. Von der PDS erwarten sie, sich mit den ihr möglichen Mitteln dem Sozialabbau zu widersetzen.

Pascal Detzler

CDU-Populismus ohne Basis

Eltern und Erzieher widersprechen CDU – PDS sieht sich bestätigt

Am 18. September hatte die PDS-Fraktion zu einer Anhörung zu Fragen der Kita-Übertragung aus kommunaler in Freie Trägerschaft eingeladen. Dazu teilt Michael Grunst, Jugendpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion, mit:

Das Ergebnis der intensiven Diskussion lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Lichtenberger Jugendhilfeausschuss soll den Prozess der Übertragung von kommunalen Kitas in Freie Trägerschaft nicht künstlich beschleunigen – schon gar nicht auf Kosten der Kinder, Eltern und Erzieher! Die vom Jugendhilfeausschuss im Juli 2001 entwickelten Übertragungskriterien haben sich bewährt und sollen weiterhin angewandt werden.

Die Elternvertreter, Vertreter Freier Träger, Erzieher und Mitglieder des Personalrates im Bezirksamt sprachen sich gegen Vorschläge der Bezirksverordneten Astrid Jantz (CDU) aus, wonach im beschleunigten Verfahren bis 2005 wenigstens 2700 Plätze (66%) in Freie Trägerschaft übertragen werden sollen und u. a. ein neues Trägerauswahlverfahren verlangt wird.

„Wenn Frau Jantz jetzt die Grundlagen des bisherigen Vorgehens infrage stellt, um alles zu beschleunigen“, so der Tenor der Anhörung „wird sie nur das Gegenteil erreichen: Verunsicherung und Verzögerung“. Das ohnehin ehrgeizige Lichtenberger Ziel, bis Ende 2005 dreizehn Einrichtungen mit je 180 Kindern aus der kommunalen Trägerschaft in andere Betreuungsformen (50%) zu überführen, kann nur aus einem ebenso vertrauensvollen wie intensiven Prozess zwischen allen Betroffenen erreicht werden.

Deshalb legt Stadtrat Michael Räßler besonderen Wert „auf eine Atmosphäre, in der die 50 Kitas und 30 interessierten Freien Träger offenen Herzens aufeinander zugehen können, um das Beste für unsere Kinder zu entwickeln“. Beispielhaft hierbei ist der Prozess der Übertragung der Kita „Pustblume“ in der Wönnichstraße. In der Diskussion wurde dazu eine Art „Betreuungsangebots-Messe“ angeregt.

11 600 von 16 000 Lichtenberger Kindern zwischen 0–10 Jahre werden in Kitas oder im offenen Ganztagsbereich betreut. 6 700 davon in kommunalen Einrichtungen.

■ **Nähere Informationen:** Michael Räßler, Telefon: 5504 6300; Michael Grunst, Telefon: 0170-73364 83.

Per Kremser in die BVV

Ob während einer der Kremserfahrten durch den Kiez oder beim Blick auf die so genannte „Klagemauer“: Auch aus der nunmehr dritten Bürgerveranstaltung zur Umsetzung des Kommunalen Handlungsprogramms Lichtenberg, die am 20. September auf dem Münsterlandplatz stattfand, nahmen die PDS-Kommunalpolitiker Bürgeranliegen auf, um sie einer Lösung näherzubringen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Mitglied des PDS-Fraktionsvorstandes Daniel Tietze notierte sich u. a.:

- Die Wiese am Stadion Zachertstraße kann kaum genutzt werden, da sie mit Hundekot und Unrat verunreinigt ist;
- während der Markttag am Münsterlandplatz gibt es keine Toiletten für die Besucher;

- Verunreinigung von Straßen mit Hundekot entlang der Weitlingstraße (fehlende Ausrüstung, fehlende Umweltstreifen);
- Forderungen nach der Einrichtung einer Umweltpolizei.

Daniel Tietze wurde von den Bürgern darin unterstützt, die von der PDS bereits vorgeschlagene Schaffung eines Ordnungsamtes zu forcieren. Daniel Tietze: „Bürger, Bezirksamt, BSR und Wohnungsbaugesellschaften müssen den Dialogfaden weiter-spinnen, um regionale Lösungsansätze zur besseren Gestaltung des Kiezes zu finden.“

■ **Weitere Infos unter:** www.pds-lichtenberg.de/fraktion J. P.

Beim Kiezdialog am Fennpfuhl diskutieren die PDS-Bezirksverordneten Marion Platta (links) und Heinz Oertel (rechts) an der dortigen „Klagemauer“ bereits die Lösung einiger Probleme



Foto: Joachim Pampel

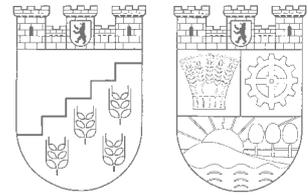
Sandmann nachmittags?

Der RBB will den Sandmann künftig um 18 Uhr senden. Das ist keine angemessene Reaktion auf die zahlreichen Proteste gegen das seinerzeit beabsichtigte Absetzen der Sendung. Will der RBB den Sandmann doch in die Wüste schicken, weil die Einschaltquote nicht stimmt? Bereits am 16. August hatte sich die PDS-Fraktion an den Rundfunkrat gegen das freihändige Hantieren mit dieser Sendung gewandt. Dessen Vorsitzender, Herr Bertram Althausen kündigte die Beschäftigung mit dem Thema an. Ja, da müssen Sie noch mal 'ran, meine Damen und Herren. Der Sandmann muss an seinem öffentlich-rechtlich garantierten Sendeplatz bleiben. J. Steinbrück

Bürgerämter finanzieren!

Die Zuweisungen für die 5 Lichtenberger Bürgerämter müssen um eine Million Euro aufgestockt werden. Dies ist ein Ergebnis der Beratungen in den Ausschüssen für Soziales/Mieterinteressen und für Gleichstellung zum Doppelhaushalt 2004/2005.

Wie Annegret Gabelin, Sozialpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion und Vorsitzende des Sozialausschusses gegenüber „info links“ mitteilt, unterstützen beide Gremien ausdrücklich die Position des Bezirksamtes, „die Angebote in allen 5 Lichtenberger Bürgerämtern in hoher Qualität aufrechtzuerhalten.“ Deshalb müsse „das Budgetierungsdefizit von 1 Million Euro ausgeglichen werden. Joachim Pampel



Aus meiner Sprechstunde

von Ingeborg Görsdorf

Mein kommunalpolitisches Engagement als Bürgerdeputierte begann im Ausschuss Bildung und Sport. Seit fast zwei Jahren Bezirksverordnete, arbeite ich weiter in diesem Ausschuss und im Jugendhilfeausschuss mit.

Berührungspunkte zur Thematik dieser Ausschüsse im Alltag gibt es genug. Da sich inzwischen – auch dank „info links“ – herumgesprochen hat, dass ich Mitglied der PDS-Fraktion in der BVV bin, sprechen mich häufig Bürger, vor allem aber Bürgerinnen an.

Dazu bietet sich vor allem mein kleines Bestellcenter an, das ich seit Jahren für einige Versandhäuser betreibe. Feste Sprechzeiten als Verordnete habe ich deshalb nicht, weil jede und jeder weiß, dass er und sie bei mir nicht nur bestellen und kaufen, sondern auch über seine Probleme und Sorgen reden kann.

So konnte ich die Spielplatzinitiative Karlshorster Mütter unterstützen. „info links“ berichtete darüber. Auch die Wünsche junger Mütter, in Lichtenberger Ämtern an geeigneter Stelle Säuglinge windeln und stillen zu können, sind zum Teil bereits

erfüllt. Mit einer Kleinen Anfrage konnte ich das Problem kostengünstiger Beschaffung von Lernmitteln in der Partnersprache Russisch für die Staatlichen Europaschulen thematisieren. Der Bezirksstadtrat begleitet die von Schulen und Eltern dazu entwickelten eigenen Initiativen unterstützend.

Kürzlich ergab sich für mich die Gelegenheit, auch außerhalb meines Karlshorster Kiezes Anliegen von Bürgern auf den Weg zu bringen. Bekannte, die in der Zingsster Straße in Hohenschönhausen wohnen, informierten mich über unzulässigen Lärm und Staubbelastung, die bei der Modernisierung eines Seniorenheimes den Anwohnern seit Wochen zu schaffen machen. Das Bezirksamt und die zuständige Abteilung der Senatsverwaltung wurden nach einer entsprechenden Eingabe der Anwohner aktiv und bemühten sich, die Lage vor Ort erträglicher zu gestalten.

Das sind alles keine „weltbewegenden“ Probleme, aber sie sind wichtig für die Betroffenen und zeigen ihnen: Die PDS ist eine Partei für ihren Alltag.

■ Ansprechbar im Kiez:

Ingeborg Görsdorf, Marksburgstraße 91,
10318 Berlin,
Montag bis Freitag: 14 – 18 Uhr,
Telefon: 509 97 06

Kulturfinanzierung

Das Studio Bildende Kunst (John-Sieg-Straße) und das Studio im Hochhaus Zingsster Straße bleiben der Lichtenberger Kulturlandschaft erhalten. Auch für die Arcus Galerie (Warnitzer Bogen) und den Standort der Musikschule in der Werneuchener Straße sind noch nicht alle Gestaltungsmöglichkeiten erschöpft. Dies ist das Ergebnis der Kulturausschussberatungen zum Bezirksdoppelhaushalt 2004/2005. Wie dessen Vorsitzender Prof. Jürgen Hofmann mitteilte, wurden dem Verein Inventor e.V. mit einer neuen Vertrags- und Rechtskonstruktion für das Gebäude in der John-Sieg-Straße Gestaltungsoptionen eröffnet. Die HOWOGE wird das Studio im Hochhaus für zwei Jahre mietfrei stellen.

Der Kulturausschuss stimmte dem Bezirkshaushalt in der Erwartung zu, dass das Bezirksamt gemeinsam mit den Betroffenen bis zum 1.1.2004 Lösungen für den Erhalt kultureller Standorte erarbeitet. So sollen z.B. dem Kulturausschuss bis spätestens Januar 2004 für den Musikschulstandort Warnitzer Straße eine Konzeption vorgelegt werden, in der die Konsequenzen des Erhalts bzw. der Dezentralisierung des Standortes aufgezeigt werden. J. P.

Gebührenfreie Kurse

„Wie in den Vorjahren garantiert auch der Doppelhaushalt 2004/2005 Gebührenfreiheit für eine Reihe von Bildungs- und Ratgeberangeboten der Volkshochschule Lichtenberg“, erklärt Dr. Christa Sobanski, Bildungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion und Mitglied des Ausschusses für Bildung und Sport. Die PDS vertritt die Position, dass Kursangebote in wichtigen sozialen Fragen gebührenfrei bleiben müssen.

So weist allein der „Bereich Alphabetisierung/Elementarbildung“ fünf entgeltfreie Kurse auf. Auch bei Ratgeberveranstaltungen der Schule zu Sozial- und Berufsfragen sowie zu finanziellen Problemen werden weiterhin keine Gebühren erhoben.

Die PDS-Fraktion lasse u. a. auch prüfen, ob und wie die Verwaltung der Volkshochschule künftig im bevölkerungsstarken Neubaugebiet Hohenschönhausen angesiedelt werden kann, damit mehr Bürgerinnen und Bürger die Angebote wahrnehmen können und Kosten verringert werden. Kostenminimierung bei gleichzeitiger Qualitätsgarantie bilden auch den Hintergrund von Überlegungen in der PDS-Fraktion, durch das Bezirksamt Teilreinigungsverträge mit Schulen abschließen zu lassen. J. P.

Hilfe für den Kongo

Im Auftrag der Afrikanisch Ökumenischen Kirche (AÖK) e.V. bereiste im März 2003 Afonso Bunga Paulo, der fünfzehn Jahre seiner Kindheit in Afrika verbracht hat, die DR Kongo, um die Situation der Straßenkinder zu erkunden.

Nach seinem Eindruck lebt in der Hauptstadt Kinshasa jedes dritte Kind auf der Straße. Ihr Überleben sichern sie durch Diebstahl, Bettelei und Prostitution. Die Mädchen sagten ihm: „Wenn die Dunkelheit anbricht, verkaufe ich mich. Anders kann ich nicht überleben.“ Durch die schlechten hygienischen Bedingungen werden Krankheiten wie Typhus und Malaria gefördert, doch eine Behandlung ist nicht möglich oder unbezahlbar. Besonders schwierig ist es für kongolesische Staatsangehörige, die jahrelang in Europa gelebt haben und in den Kongo abgeschoben wurden, da sie kein intaktes Immunsystem mehr gegen die zahlreichen Krankheitserreger besitzen.

Es funktioniert so gut wie kein öffentliches Leben mehr in Kinshasa. Die Infrastruktur ist zerstört, und es gibt keine Arbeit. Nur noch wenige Kinder besuchen die Schule. Die Eltern müssen den Schulbesuch bezahlen, da das Lehrpersonal von diesen Geldzuwendungen abhängig ist.

Auffallend sind die maroden Gebäude, die schlechten Straßen und die kaputten Stromleitungen. Bei Regen ist es besonders gefährlich, da keiner mehr weiß, wo sich freiliegende Kabel befinden.

Den Kindern muss geholfen werden, da sie selbst wenig tun können, um ihr Leben zu verbessern. Die AÖK hat eine Sammelaktion für die Straßenkinder gestartet. Das Projekt steht unter dem Motto: „Hilfe zur Selbsthilfe“. Sie will den Kindern helfen, ihr Überleben durch kleinere Arbeiten zu sichern. Ihnen soll z. B. Nähen, Schustern und Musizieren beigebracht werden. Um diese Aktion erfolgreich durchzuführen, werden folgende Dinge dringend gebraucht: Transportmittel, Kühlschrankschrankmotoren, gebrauchte Kleider (sauber und gewaschen), Landwirtschaftsgeräte, Material (Krankenhaus), TV, Video, Handys, Uhren, Herde, Stoffe, Musikinstrumente, Computer, Kopierer, Schreibmaschinen, Näh- und Schuhmachermaschinen, Bügeleisen.

■ **Wer helfen möchte**, kann unter Telefon 429 67 67 mit der AÖK in Kontakt treten und die Sachen in der Petersburger Straße 92, 10247 Berlin, vorbeibringen.

Wir, das Kinder- und Jugendparlament Lichtenberg, haben gute Kontakte zu Herrn Paulo und versuchen, ihn bei diesem Projekt zu unterstützen. Claudia Grünberg

Konflikte und Beschlüsse

Am 21. September fand die 4. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Berlin statt. Axel Hildebrandt, Pressesprecher der Berliner PDS, fasst die Ergebnisse zusammen:

■ 1. Programm-Debatte

Mit einem gesonderten Tagesordnungspunkt und einer Rede von Lothar Bisky wurde die Schlussphase der PDS-Programm-Debatte eingeleitet. Es soll auf einem PDS-Parteitag am 25./26. Oktober in Chemnitz beschlossen werden.

■ 2. Projekt-Gruppen

Vor Jahresfrist wurde die Bildung von Projekt-Gruppen beschlossen. Sie sollen helfen, das politisch-inhaltliche Profil der Berliner PDS zu schärfen. Die Ergebnisse aus zwei Projektgruppen wurden dem Landesparteitag vorgestellt und von den Delegierten beschlossen: „Der Bezirk als Bürgerkommune“ und „Berlin – sozial und zukunftsfähig“. Außerdem wurden „Schritte zur Erarbeitung eines Kulturkonzeptes für Berlin“ bestätigt.

■ 3. Doppel-Haushalt

Im Berliner Abgeordnetenhaus wird derzeit ein Doppel-Haushalt für die Jahre 2004/2005 beraten. Der rot-rote Senat hat dafür die Vorlage erarbeitet. Stefan Liebich, Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzender, erläuterte in seiner Rede unter anderem die politische Strategie der PDS im überschuldeten Berlin. Besonders umstritten am Haushaltsentwurf waren – auch auf dem Parteitag – zwei Vorgaben: Eine Senkung des „Blinden-Geldes“ und die Erhöhung von Kita-Gebühren.

■ 4. Blinden-Geld

Als Gast sprach ein Vertreter des Berliner Blinden- und Sehschwachen-Verbandes. Auch er warb dafür, die vorgesehene Absenkung des Blinden-Geldes nicht vorzunehmen. Andere Redner und Akteure verwiesen darauf, dass die Absenkung des Blinden-Geldes Teil eines Gesamtpaketes im Sozialbereich ist, das mit der SPD ausgehandelt wurde und insgesamt wesentlich die Handschrift der PDS trüge. Schließlich forderte der Parteitag die Senatoren, Abgeordneten, Bürgermeister und Stadträte mit PDS-Mandat auf, „Möglichkeiten zu erschließen“, die die Absenkung des Blindengeldes und der Sehschwachenhilfe „verhindern“.

■ 5. Kita-Gebühren

Die Kita-Gebühren sollen erhöht werden, um das insgesamt gute Berliner Betreuungsangebot auch angesichts der Haushaltsnotlage erhalten zu können. Die SPD hatte für eine lineare Erhöhung plädiert, die alle betreffen würde. Die PDS hatte sich mit einem gestaffelten Modell durchgesetzt. Wenig Verdienende, also rund 50 Prozent, wären demnach von der Erhöhung nicht betroffen, dafür müssten Besserverdienende zum Teil deutlich höhere Gebühren zahlen. Umstritten war auf dem Parteitag die Erhöhung an sich, aber auch das Staffelmodell. Letzteres wurde bestätigt. Außerdem soll mit der SPD „nachverhandelt“ werden, damit die Kosten für Krippen-Plätze nicht angehoben werden müssen.

■ 6. Studien-Gebühren

Seit einem Vierteljahr wird in Berlin und in der PDS generell und kontrovers über Studien-Gebühren diskutiert. Auslöser ist ein Vorstoß von Wissenschafts-Senator Thomas Flierl für Studien-Konten mit „credit points“ (Kreditpunkten). Der Landespartei-

tag beschloss nun, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen, voraussichtlich im ersten Quartal 2004. Vorher soll es eine hochschulpolitische Konferenz und ein öffentliches Anhörungsverfahren zum Studienkonten-Modell des Senators und Alternativen dazu geben. Die Einführung von Studiengebühren in Berlin wurde vom Parteitag abgelehnt.

■ 7. Agenda sozial

Mit „Solidarität statt Abriss des Sozialstaates – wider die Agenda 2010“ ist ein weiterer Beschluss überschrieben. In ihm geht es um politische Alternativen der PDS und um außerparlamentarische Proteste gegen die Gesetze im Rahmen der Agenda 2010. Dazu gehören der Aktionstag der PDS am 20. Oktober und die bundesweite Bündnis-Kundgebung am 1. November in Berlin.

■ 8. Weitere Abstimmungen

Seit Wochen eskaliert in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Ost-Europa der Streit über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, das nach den Vorstellungen deutscher Vertriebenen-Verbände in Berlin angesiedelt werden soll. Die PDS lehnt das Ansinnen als erste Berliner Partei per Parteitagsbeschluss ab. Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag, der vorwiegend von Mitgliedern der KPF kam. Demnach sollte der Landesparteitag das jüngst geäußerte Ansinnen von Oskar Lafontaine zurückweisen, wonach SPD und PDS in den neuen Ländern fusionieren sollen. Da ohnehin niemand in der PDS eine solche Fusion wolle, habe der Antrag den Charakter einer Sicherungsleine, inklusive Misstrauensvotum gegen die eigenen Genossen, begründete Udo Wolf, stellvertretender Landesvorsitzender, seine Ablehnung.

■ Die **Parteitagmaterialien** sind unter www.pds-berlin.de zu finden.

Antifaschisten geehrt

Eine Gedenkfeier nahe dem Tuchollaplatz erinnerte am 28. September an Käthe Tucholla, die an diesem Tag vor sechzig Jahren hingerichtet wurde. Geehrt wurde auch ihr Mann Felix, den die Nazis wenige Wochen vor ihr am 8. September 1943 aufs Schafott gebracht haben. Felix Tucholla war Mitglied der KPD. Er gehörte dem Sportverein „Sparta Lichtenberg“ an. Im Zweiten Weltkrieg wirkten die Tuchollas in der von Robert Uhrig geführten illegalen KPD-Organisation mit. Im Juli 1942 wurden sie verhaftet, 1943 zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet. An ihrem Wohnhaus in der Kaskelstraße 41 in Lichtenberg erinnert eine Gedenktafel an die beiden Antifaschisten (Foto).



Internettes

„Es ist geglückt!“ freut sich PDS-Bezirksvorsitzende Dr. Gesine Löttsch auf der Startseite des neugestalteten Internetauftritts der Lichtenberger PDS. Unter www.pds-lichtenberg.de sind Materialien, Termine, Publikationen, Mandate u. a. abrufbar. Eine Suchfunktion erleichtert das Auffinden von Artikeln oder von Angaben zu PDS-Mandatsträgern. Und ein Kontakt zur PDS lässt sich über die neue Homepage auch herstellen. Über Links gelangt man z. B. zur PDS in der BVV oder im Bundestag. Ausdrucken lässt sich natürlich auch alles. Dieses Internetangebot verbessert die Information über die PDS sowie die Kommunikation zwischen Vorstand, Mitgliedern und Bürgern. -kl-

Was mir der Landesparteitag brachte

Zuerst wieder einmal die Erkenntnis, dass die Tagesordnung zu voll gepackt war. Das führte zur Vertagung des Tagesordnungspunktes „Parteireform im Landesverband Berlin“, der sich letztendlich auch mit der Kommunikation im Landesverband Berlin beschäftigen wollte und aus meiner Sicht auch dringend erforderlich ist. In allen Beratungen, an denen ich teilgenommen habe, wurden immer wieder „fehlende Informationen“ u. a. zum Wirken der Berliner PDS, seines Landesvorstandes, der Fraktionen von Abgeordnetenhaus und BVV bemängelt und gefordert, die Kommunikation in der Berliner PDS zu verbessern. Informationsverbesserung ist also erst auf der nächsten Tagung des Landesparteitages wieder aktuell. Ich würde mich freuen, wenn bis dahin wenigstens alle Delegierte das Kommunikationskonzept lesen würden.

Zum zweiten die Erkenntnis, dass der Besuch vieler Veranstaltungen der Berliner PDS (LV-Sitzungen, LR-Tagungen, BV-Sitzungen in Lichtenberg, Strategieforum, Sprecherratszusammenkünfte ...) noch lang nicht garantiert, über das Wirken der Berliner PDS umfassend informiert zu sein. Und das viele Papier, was meine PDS produziert, auch nicht.

Und zum dritten die Erkenntnis, dass auch bei unterschiedlichen Standpunkten eine sachliche Diskussion und Auseinandersetzung immer besser ist, als persönliche Angriffe, Verletzungen und Unterstellungen. Bis auf einige aus meiner Sicht unqualifizierte Zwischenrufer fand ich den Umgang miteinander auf dem Landesparteitag angenehmer als auf vergangenen Tagungen.

Die 3. Tagung im Februar hatte sich mit den ersten 100 Tagen einer rot-roten Regierung in Berlin befasst. Da damals nicht alle Fragen insbesondere zu den beabsichtigten Reformprojekten zur Zufriedenheit der Delegierten behandelt werden konnten, wurde diese 4. Tagung einberufen. Dem Parteitag lagen von zwei Projektgruppen Arbeitsergebnisse in Form von Anträgen vor. Eine Projektgruppe hatte bereits im Februar mit einem Antrag ihre Arbeitsergebnisse dem Landesparteitag vorgestellt.

Sieben Projektgruppen unterbreiteten drei Diskussionsangebote innerhalb eines Jahres an das Land Berlin. Mir scheint das als Beitrag zum Nachweis der Politikfähigkeit der Berliner PDS, zur Stärkung eines eigenständigen Profils gegenüber der SPD und zur Diskussion mit Bündnispartnern, wie es mit der Arbeit der Projektgruppen beabsichtigt war, etwas wenig, bei allem Verständnis für ehrenamtliche Arbeit. Dazu hat sich der Landesparteitag aber kaum

verständigt, wie es weiter gehen soll. Aber genau mit den Ergebnissen der Projektgruppen wollten wir als PDS Berlin sozialverträgliche Angebote zur Konsolidierung des Berliner Haushaltes unterbreiten.

Wie die Diskussionen auf dem Landesparteitag zur beabsichtigten Erhöhung der Kitagebühren und zur Kürzung des Blinden-Geldes aber gezeigt haben, gibt es zwischen den Grundüberzeugungen einer sozialistischen Partei und deren realen Politikgestaltung in Regierungsverantwortung Widersprüche. Das finde ich auch richtig. Auch das es innerhalb der Fraktion des Abgeordnetenhauses unterschiedliche Standpunkte und Auffassungen gibt. Die Standpunkte dazu zu hören, die Argumente und Meinungen, das war für mich als Delegierter das Spannende an diesem Parteitag. Ob meine Entscheidungen zu Anträgen immer die besten für die Berliner PDS waren, werde ich erst später merken.

Ein Problem ist immer wieder die Forderung, die PDS soll aus der Regierungsverantwortung aussteigen, ohne zu sagen, was danach kommt. Hier stimme ich Lothar Bisky zu, der gesagt hat: „Natürlich müssen wir auch entscheiden, wann Koalitionen für die PDS zu Ende sein sollten. Wenn wir aus den Türen gehen, müssen wir uns aber auch bewusst sein, wie wir wieder reinkommen, denn: Zurückholen wird uns niemand.“
Heinz Schmeing (BO 16)

Heißer Herbst

Von Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer der PDS Lichtenberg

■ Nach der Sommerpause wird fast täglich eine neue Sau durchs Dorf gejagt. Sprich: Die „Agenda 2010“ nimmt Konturen an. Fast alle Bevölkerungsgruppen werden zur Kasse gebeten. Die Verunsicherung allerorts wächst. PDS, Gewerkschaften, Initiativen und Bewegungen organisieren den Widerstand. Los geht es am **3.10., ab 11 Uhr**, auf dem Schlossplatz mit dem Heizmarkt der PDS. Die Grauen Panther rufen zum **13.10.** zur Rentnerdemonstration in Berlin. Bundesweit werden am **20.10.** dezentral Aktionen stattfinden, auf denen insbesondere zur bundesweiten Großdemo gegen den Sozialkassenschlag am **1.11.** in Berlin mobilisiert werden soll. Tragen also auch wir mit unseren Möglichkeiten als Bezirksverband dazu bei, dass Protest unübersehbar und unüberhörbar wird.

■ Der Bezirksvorstand setzt zielstrebig die auf seiner Klausurberatung im April festgelegten politischen Schwerpunkte für dieses Jahr um:

Erstmalig traf sich der Bezirksvorstand am 23. September mit Mitgliedern, die in Initiativen, Verbänden oder Vereinen aktiv tätig sind. Ziele der Zusammenkunft waren, bestehende Kommunikationslücken zu schließen und Probleme auf direktem Weg, z. B. in Zusammenarbeit mit unserer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung zu klären. Weitere Zusammenkünfte werden folgen.

■ Seit der letzten Septemberwoche tritt unser Bezirksverband mit einem neuen, erweiterten Internetauftritt an die Öffentlichkeit. Wir wollen mehr und besser informieren und zum Mittun anregen. Besuchen Sie uns: www.pds-lichtenberg.de.

■ Am 9.9. hat der Bezirksvorstand einen Beschluss zur Vorbereitung des Europawahlkampfes gefasst. Dem Bezirkswahlbüro gehören bislang acht Genossinnen und Genossen an. Michael Stadler wurde zum Leiter berufen. In die Arbeit der sieben Wahlkreisaktive werden auch die jeweiligen Mitglieder unserer Fraktionen im Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung einbezogen. Der Bezirksvorstand hat eine entsprechende Wahlkampfstruktur bestätigt. Inhaltlich ist vor allem der

Stellenwert der Europawahl für die weitere Entwicklung der PDS in der Mitgliedschaft und unter Sympathisanten deutlich zu machen. Im Oktober soll der Entwurf des Europa-Wahlprogramms der PDS veröffentlicht werden. Das Wahlprogramm wird von der 3. Tagung des 8. Bundesparteitages am 31.1.2004 in Berlin beschlossen werden.

■ Der Bezirksvorstand wird im November die 2. Tagung der 2. Hauptversammlung unseres Bezirksverbandes einberufen. Die Beschlussfassung des Bezirksvorstandes vorausgesetzt, stehen neben der Auswertung des Programmparteitages der PDS am 25./26.10. in Chemnitz und dem Beginn der Umsetzung des Projektes „Der Bezirk als Bürgerkommune“, das unter der Leitung von Peter-Rudolf Zotl und unter Mitwirkung von Lichtenberger Genossinnen und Genossen erarbeitet wurde, auch eine Reihe von Wahlen bevor. So sind ca. 25 Delegierte zum 9. Landesparteitag und neun Vertreterinnen und Vertreter zur Vertreterversammlung der PDS am 1.2.2004 zur Aufstellung der Europaliste zu wählen sowie zwei weibliche Mitglieder für den Bezirksvorstand, darunter eine stellvertretende Vorsitzende nachzuwählen.



Buch-Tipp



Berlin-Politik und kein Ende

Über Berlin, genauer: über die Westberlin-Problematik wurde und wird viel geschrieben. Historiker sowie Politiker aus Ost und West beschäftigen und beschäftigen sich damit in Monographien, Dissertationen oder Memoiren.

Einen wichtigen Beitrag legt jetzt Dr. Joachim Mitdank vor. Der DDR-Diplomat hat lange Jahre als Abteilungsleiter die Westberlin-Problematik im Außenministerium der DDR bearbeitet. Joachim Mitdank stellt in vier Kapiteln die Berlin-Politik zwischen dem 17. Juni 1953, dem

Viermächteabkommen und dem 9. November 1989 dar. Ein fünftes Kapitel mit ausführlicher Dokumentation, Literaturverzeichnis, Personenregister und Anmerkungen, die besonders den weniger mit dem Stoff vertrauten Lesern Hilfe bieten, rundet das lesenswerte Werk ab.

Einzelne Kapitel sind – à la mode – etwas reißerisch überschrieben („Entmachtung Ulbrichts mit Waffengewalt“). Immerhin halten sie, was sie versprechen. Das schöngezerzte offizielle (West-)Berlin-Politik-Bild der DDR wird vom Autor entschminkt. Vor allem zeigt er, wie die Westberlin-Politik von der sowjetischen Führung, ihren Interessen und Illusionen bestimmt wurde. *M. W.*

- Mitdank, Joachim:
„Die Berlin-Politik zwischen dem 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und dem 9. November 1989. Erinnerungen eines Diplomaten“, trafo verlag 2003, 300 Seiten, 33,80 €, ISBN 3-89626-392-7

Kennen Sie Ihren Bezirk?

„info links“ lädt ein zum Lichtenberg-Quiz

Kennen Sie Ihren Kiez, Ihren Bezirk, die grünen Oasen und gemütlichen Plätze? Erfreuen Sie sich an historischen Fassaden oder baulichen Details? Oder eilen Sie, getrieben vom Alltagsstress durch den Tag und haben oft kein Auge für Ihre Umgebung? Wir wollen Sie testen: Das nebenstehende Foto wurde in Lichtenberg aufgenommen – aber wo? Kennen Sie diesen Platz? Schicken Sie die Lösung an die Geschäftsstelle der PDS, „info-links“-Redaktion, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin. Aus den richtigen Einsendungen ermitteln wir einen Gewinner, der sich auf eine kleine Überraschung freuen darf. Und in unserer Dezember-Ausgabe heißt es dann wieder: Kennen Sie Ihren Bezirk?



Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 23.9.2003

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 9/2003:
14.10. und 28.10.2003, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 9/03: 28.10.2003
Die nächste Ausgabe erscheint am 6.11.2003.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Termine

- **Montag, 6.10, 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg
- **Donnerstag, 9.10., 15 Uhr****
„Was bringen Hartz III und Hartz IV für den Arbeitsmarkt Berlin?“, mit G. Löttsch, A. Gabelin, St. Schulze
- **Montag, 13.10.**
Rentnerdemo, Berlin (nähere Infos bitte aus der Tagespresse entnehmen)
- **Dienstag, 14.10.2003, 10 Uhr**
Seniorenklub: „Zur Rolle der UNO heute“, mit Dr. Hans Voss, Eintritt: 1,50 €; Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Dienstag, 14.10., 19 Uhr**
Basiskonferenz des Bezirksverbandes zum Programmwurf der PDS, mit Dieter Klein; FHTW, Raum 208, Treskowallee 8
- **Mittwoch, 15.10., 19 Uhr****
„Ahrenshooper Gespräche“: „Politik ohne Geld, geht das?“, Bezirksstadträtin Katrin Lompscher zu Gast bei MdB Dr. Gesine Löttsch
- **Montag, 20.10.**
Bundesweiter Aktionstag (Vorbereitung der Großdemo am 1.11.)
- **Montag, 20.10., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg
- **Dienstag, 21.10.2003, 10 Uhr**
Seniorenklub: „Möglichkeiten und Initiativen einer fraktionslosen Abgeordneten“, mit Dr. Gesine Löttsch, Eintritt: 1,50 €; Karl-Liebknecht-Haus
- **Dienstag, 21.10., 19 Uhr***
Beratung mit den Vorsitzenden der Sprecherräte (Lichtenberg)
- **Sonabend/Sonntag, 25./26.10.**
2. Tagung des 8. Bundesparteitag (Programmparteitag); Chemnitz
- **Dienstag, 28.10., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 29.10., 18.30 Uhr****
Beratung mit den Wahlkreisaktiven (Hohenschönhausen)

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

** Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5

Flötentöne

Jens Galley, Alt-Blockflöte
Albrecht Stammer, Querflöte
Hartmut Angermüller, Cembalo

Konzert in der Alten Pfarrkirche
Lichtenberg, Loeperplatz (Eintritt frei)
Sonabend, 11. Oktober, 16 Uhr